

Roter **Brandenburger**

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“
Friedrich Engels & Karl Marx

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

4-2021

Preisexplosion: **Kein Ende in Sicht**

In Deutschland steigen die Verbraucherpreise wie zuletzt vor fast 30 Jahren.



Ende November meldete das Statistische Bundesamt einen neuen Rekord in diesem Jahr: So seien die Verbraucherpreise im November gegenüber dem Vorjahresmonat erstmals um über 5 Prozent angestiegen – genau: 5,2 Prozent. Das ist der größte Preisanstieg seit fast 30 Jahren. Dem gegenüber stehen sinkende Haushaltseinkünfte breiter Bevölkerungsteile.

Ein genauerer Blick in die Daten des Statistischen Bundesamtes zeigt: Die steigenden Energiepreise sind die Hauptursache bei der momentanen Verbraucherpreisexplosion. So sind die Haushaltsenergiepreise im November gegenüber

dem Vorjahresmonat um über 22 Prozent gestiegen. Wie das in Brandenburg konkret aussieht, zeigt die Ankündigung des kommunalen Energieversorgers „Energie & Wasser Potsdam“ (EWP), die Preise für Gas und Fernwärme zum 1. Januar 2022 deutlich zu erhöhen. Laut MAZ muss ein durchschnittlicher Haushalt in Potsdam 2022 mit Mehrkosten über 228 Euro für Fernwärme bzw. 288 Euro für Gas rechnen.

Schon jetzt sind für jeden Autofahrer im Geldbeutel die exorbitant steigenden Benzinpreise spürbar. So sind die Benzinpreise seit Anfang des Jahres um über 30 Cent pro
→ Fortsetzung Seite 2



Tarifergebnis **Asklepios-Kliniken:** Ein Schritt in Brandenburg Richtung Westtarif

Mit über 25 Streiktagen haben die Beschäftigten der Brandenburger Asklepios-Kliniken gezeigt, dass Streiks im Gesundheitsbereich nicht nur möglich, sondern auch erfolgreich sein können. So haben sich Ende November die Gewerkschaft ver.di und der Klinik-Konzern unter anderem auf eine Anhebung der Löhne stufenweise um 7,5 Prozent bei einer Tariflaufzeit bis Ende 2023 geeinigt.

Ver.di-Verhandlungsführer Ralf Franke schätzt ein: „Mit der Tarifeinigung erfolgt ein wesentlicher Schritt zur Angleichung der Tarifentgelte, die den Asklepios-Beschäftigten in Hamburg und in Göttingen gezahlt werden, auch wenn wir von 100 Prozent teilweise noch weit entfernt sind.“ Die Tatsache, dass Asklepios-Beschäftigte in Brandenburg gegenüber den Kollegen im Westen bis zu 10.600 Euro weniger im Jahr bis dato verdienen, war eines der Ursachen für die Streikbewegung. An der prekären Arbeitssituation für Pflegekräfte, über die Beschäftigte berichten, ändert das Tarifergebnis zunächst nichts. Aber die gemeinsame Streikerfahrung war der erste Schritt, um in Zukunft den Zweiten zu gehen. ■ mk



Novemberrevolution in Deutschland

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland erwuchs aus dem Aufbrechen der Widersprüche im Kapitalismus und aus dem Kampf gegen die Aggressionspolitik Deutschlands. Sie verkörpert die Einheit von sozialem und Friedenskampf. Die Erkenntnis, dass nur der Sturz der Imperialisten und Militaristen einen gerechten Frieden herbeiführen kann, stärkte das Klassenbewusstsein und den Internationalismus.

Die Gruppe Internationale, die sich als bewusste marxistische Kraft in der deutschen Arbeiterbewegung konstituierte, entlarvte die Versuche der deutschen Reaktion, die von den rechten sozialdemokratischen Führern unterstützt, eine „Reform von oben“ (Scheidemann, Bauer) propagierten.

Ihr Anliegen wurde von der Spartakus-Gruppe aufgegriffen. In einem Aufruf an die Bevölkerung standen die Beendigung des Krieges und antiimperialistische, demokratische Forderungen als Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Revolution.

Die Grundfrage der Novemberrevolution – Beseitigung der Macht des Kapitals und Errichtung der Rätemacht oder Aufrechterhaltung der Kapitalherrschaft in parlamentarischer Form durch Einberufung der bürgerlichen Nationalversammlung – wurde aber zugunsten des bürgerlichen Klassenstaates gelöst.

Auf der Grundlage der Erfahrungen wurde die Kommunistische Partei Deutschlands (30.12.1918 – 1.01.1919) gegründet. Die Gründung der KPD war ein entscheidender Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung und in der deutschen Geschichte.

■ Anton Latzo

→ Fortsetzung von Seite 1

Liter gestiegen – und dieser Trend wird angesichts des bevorstehenden Wintereinbruchs nicht abbrechen. Die damit verbundenen steigenden Lebenserhaltungskosten sind vor allem für Brandenburger Bürger in ländlichen Regionen und insbesondere Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, empfindlich.

Absolute Verarmung nimmt zu Haushalte von Niedrig- und Normalverdienern sind ungleich stärker belastet von der Preissteigerung als Reiche, weil ihre finanziellen Spielräume sehr viel kleiner ausfallen. Verschärfend hinzu kommen dabei die Lohnbußen, von denen laut Hans-Böckler-Stiftung fast ein Drittel aller geringverdiener- und fast die Hälfte der Normalverdiener-Haushalte betroffen sind.

Die Ergebnisse von Tarifkämpfen in diesem Jahr wie im Öffentlichen Dienst der Länder sind in diesem Zusammenhang eindeutig: Die vereinbarten Lohnerhöhungen werden die realen Lohn- und Rentenverluste durch steigende Verbraucherpreise nicht verhindern. Und Lohnerhöhungen, wie im Öffentlichen Dienst um 2,8 %, sind zudem keineswegs repräsentativ für die Lohnentwicklung in Deutschland 2021 insgesamt.

Wer trägt die Verantwortung?

Die Ursachen für steigende Energiepreise sind sicherlich vielfältig. Aber der Hinweis auf eine

steigende Energienachfrage im Zuge der anziehenden Konjunktur lenkt von der zentralen Rolle der politisch Verantwortlichen ab, die im Namen der Klimaretung eine Vernachlässigung der Energiesicherheit zumindest in Kauf nehmen und gleichzeitig eine Liberalisierung durch die Einführung von Energiebörsen auf EU-Ebene vorangetrieben haben. Profitiert hat von dieser Politik weder die Bevölkerung noch die Umwelt. Profitiert haben hingegen Banken und Finanzunternehmen, für die sich neue Investitionsquellen mit Rekordprofiten aufgetan haben.

Gesetzlicher Energiepreisstopp notwendig

Auch die neue Bundesregierung zeigt keinerlei Initiative, die Bevölkerung vor der Energiepreisexlosion zu schützen. Im Gegenteil: Vertreter der Grünen wie Robert Habeck wenden sich hartnäckig gegen die Inbetriebnahme der russischen Gaspipline Nord Stream 2. Dabei kann Nord Stream 2 ein Instrument gegen steigende Energiepreise sein. Doch eine solche vernunftbasierte Energiepolitik passt nicht in die Strategie der NATO-Kriegsmobilisierung gegen Russland.

Die DKP stellt demgegenüber die Forderung nach einem sofortigen gesetzlichen Energiepreisstopp wie z.B. in Frankreich verbunden mit einer Streichung der CO₂-Abgabe und der Inbetriebnahme der Gaspipline Nord Stream 2. ■ **Männer Grüß**

»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg

unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!
Das Abo ist gratis und endet automatisch
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28



Fragen

zum **Gesundheits-** **schutz** in Deutschland

Seit fast zwei Jahren schränkt die Regierung – oft auf Grundlage von Verordnungen ohne Parlamentsbeschlüsse – Bürgerrechte massiv ein, treibt Menschen in die Armut und Kinder in die Depression. Es ist Zeit, Fragen zu stellen.

In diesen Tagen erleben wir trotz der offiziellen Aufkündigung der epidemischen Lage nationaler Tragweite durch den Bundestag, das Aussetzen bürgerlicher Grundrechte in einer neuen Dimension. Davon betroffen sind vor allem diejenigen, die sich gegen die Impfung mit einem in Deutschland zugelassenen Impfstoff entschieden haben. Gleichzeitig scheint es bei der Hetze gegen diese Menschen keine Grenzen mehr zu geben: Von einer „Tyrannei der Ungeimpften“ ist die Rede und Politiker überbieten sich gegenseitig in der Forderung nach einer Impfpflicht.

Tiefgreifende Einschränkungen bis zum erneuten Lockdown werden dabei von Regierungsseite immer mit dem gleichen Argument begründet: Das diene dem Gesundheitsschutz. Wenn es aber um Gesundheitsschutz geht, stellen sich nach fast zwei Jahren mindestens folgende Fragen:

- 1.** Warum sind immer noch keine alternativen Impfstoffe zugelassen wie zum Beispiel der chinesische Totimpfstoff CoronaVac, den unter anderem die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt? Und welche Schlüsse zieht das Gesundheitsministerium daraus, dass in einer von ihr selbst beauftragten Forsa-Umfrage im Oktober unter ungeimpften Menschen die Hälfte der Befragten angibt, den in Deutschland zugelassenen mRNA- und Vektorimpfstoffen nicht zu vertrauen?
- 2.** Warum bezuschusst die Regierung trotz der befürchteten Überlastung der Krankenhäuser den Abbau von Krankenhausbetten mittels eines „Krankenhausstrukturfonds“ mit bis zu 12.000 Euro?
- 3.** Warum erzielen Pharma-Konzerne wie der COVID-19-Impfstoffentwickler BioNTech in diesem Jahr 16 bis 17 Mrd. Euro Gewinn und erhielten staatliche Zuschüsse in Millionenhöhe, während ein Drittel

der Intensivbetten wegfallen, weil Pflegekräfte den Beruf aufgrund der Personalüberlastung verlassen?


4. Warum werden die Inhalte von Verträgen zwischen Impfstoffherstellern wie BioNTech-Pfizer und der EU geheim gehalten mit Verweis auf Geschäftsinteressen, wenn es doch um den Gesundheitsschutz geht?

5. Inwieweit dient es dem Gesundheitsschutz, ungeimpften Menschen in der Quarantäne die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu verweigern? Und ist in naher Zukunft damit zu rechnen, dass Rauchern und Übergewichtigen bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen die Behandlung verweigert wird, weil sie „selbst schuld“ seien?

6. In welcher Weise dient es dem Gesundheitsschutz, dass ein Bundeswehr-General einen Corona-Krisenstab leiten soll, der über keinerlei medizinische oder epidemiologische Kenntnisse verfügt? Und warum leitet überhaupt ein Militärangehöriger einen Krisenstab für Fragen des Inlands?

7. Vor allem aber: Wie lange wollen wir uns noch erzählen lassen, dass all diese Maßnahmen einzig und allein dem Gesundheitsschutz dienen? ■ sk

Wie lange wollen wir uns noch erzählen lassen, dass all diese Maßnahmen einzig und allein dem Gesundheitsschutz dienen?





Die Arbeiterpartei

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand: Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit Russland. Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben – in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP. Mach mit! ■

 **Den Roten Brandenburger**
per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an:
info@dkpbrandenburg.de

Impressum & Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: info@dkpbrandenburg.de
V.i.S.d.P.: W. Richter · c/o DKP Brandenburg · Carl-Reichstein-Straße 2 · 14770 Brandenburg

Was ist ein Ehrenbürger wert?

Der Stadt Perleberg zumindest keine Grabpflege



Karl Schabrod geboren am 19.10.1900 in Perleberg, verstorben am 31.3.1981 in Düsseldorf, ist Ehrenbürger der Stadt Perleberg. Doch das ist für die Stadtoberen kein Grund, sich an den Kosten für die regelmäßige Grabpflege dieses antifaschistischen Kämpfers zu übernehmen. Sein „roter Fleck“ in seinem Leben: Er war Kommunist.

Karl Schabrod ist seit den zwanziger Jahren Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und des Rotfrontkämpferbundes gewesen. Aufgrund seiner politischen

Überzeugung verbrachte er während der Zeit des NS-Faschismus 10 Jahre im Zuchthaus und im Konzentrationslager.

Nach seiner Befreiung 1945 wurde Schabrod sofort wieder politisch aktiv in der KPD. So wurde er Mitglied des NRW-Landtages für die KPD sowie der Verfassungsgebenden Versammlung. Bis zum widerrechtlichen KPD-Verbot 1956 war Schabrod Fraktionsvorsitzender der KPD. Nach dem KPD-Verbot hat Schabrod weiterhin politisch gearbeitet, weswegen er vom Adenauer Regime mehrmals inhaftiert und mit Berufsverbot belegt wurde. 1968 hat er seine politische Heimat in der DKP gefunden. Auch in der VVN ist er sehr aktiv gewesen.

Seit dem 16.10.1961 ist Karl Schabrod Ehrenbürger von Perleberg. In der ganzen Geschichte von Perleberg hat es nur drei Ehrenbürger gegeben. ■ khk

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Kontakt zu nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mailadresse



Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: info@dkpbrandenburg.de